

schaft und eine schuldenfrei finanzierte, attraktive Palette an staatlichen Leistungen. Die Wirtschaft ihrerseits nützte den günstigen Steuerstandort² und konnte so die vorwiegend für den Export bestimmte Produktion ausweiten. Damit verbunden war ein ständig wachsendes Angebot an Arbeitsplätzen für die Wohnbevölkerung und für Einpendler aus den Nachbarstaaten. Unterstützt wurden diese Aktivitäten von Staat, Wirtschaft und Bevölkerung durch günstige Verträge mit dem Ausland. Stellvertretend sollen hier für das breite Netzwerk an Verträgen der Zollvertrag mit der Schweiz aus 1923 und der EWR-Beitritt aus 1995 genannt werden.³ Zusätzlich konnten kostspielige öffentliche Infrastruktureinrichtungen der Nachbarn Schweiz und Österreich im Vergleich zu deren Vollkosten günstig genutzt werden, wie beispielsweise im Verkehrs-, Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich sowie bei der Bereitstellung von Wohnungsinfrastruktur. Aus diesem «Geschäftsmodell» konnte sich Liechtenstein eine beträchtliche «Souveränitätsdividende» sichern.

«Staatsschulden» waren deshalb bis vor kurzem in Liechtenstein nur eine Frage der Diversifikation von Portfolios der Anleger.

«Neues Geschäftsmodell»

Seit einigen Jahren ist dieser Wachstums- und Wohlstandsmotor sichtbar ins Stottern gekommen. Die Gründe dafür sind, wie in vielen anderen Ländern auch, in der Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise ab 2007/2008 zu sehen, auch wenn glücklicherweise der Bankensektor des Landes eine völlig andere Ausrichtung und deshalb viel geringere Folgewirkungen für die liechtensteinische Volkswirtschaft hatte wie etwa für Island oder Irland.

2 Vgl. «Fürstliche Steuerattraktivität. Liechtenstein will Betriebsansiedlungen fördern», in: NZZ vom 6. 1. 2011, Internationale Ausgabe, Nr. 4, S. 9.

3 Vgl. zur Einschätzung des EWR in Liechtenstein: «Wunsch nach einem EWR-Beitritt der Schweiz», in: NZZ vom 8. 9. 2010, Internationale Ausgabe, Nr. 208, S. 26 und «Ein EWR mit nur einem Staat ist nicht undenkbar». Liechtensteins Aussenministerin Aurelia Frick über die Zukunft des Fürstentums in Europa», in: NZZ vom 21. 9. 2010, Internationale Ausgabe Nr. 219, S. 21.